

PROTOKOLL

Datum:	25.05.2021
Beginn:	19:00 Uhr
Ende:	20:55 Uhr
Ort:	Gemeindesaal, Eichhornstr. 4 – 5
Anwesende:	Jürgen Ostländer, Heiko Flieger, Alexander Neumann i. V. von Anja Kolbatz-Thiel, Annett Wolf, Dr. Claus Weßlau, Anett Hentze, Andreas Scholz, Manfred Schulze, Isabel Pöggel, Martin Sperling
Gäste:	Herr Ludwig – Kämmerer Frau Rubenbauer – Vorsitzende der GV Frau Luckau – Protokollführerin

Herr Ostländer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er begrüßt als neues Mitglied im Ausschuss Frau Anett Hentze und bittet Sie ihm ihre Kontaktdaten zukommen zu lassen. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Die Protokolle vom 15.03.2021 und 30.03.2021 sowie die Tagesordnung werden bestätigt.

TOP 1 – Informationen der Verwaltung

- *Allgemeine Informationen*
- *Aktueller Stand Haushalt 2021*
 - *Weitere Verfahrensweise*
 - ~~*Darstellung der Inhalte aus dem Umweltgutachten „Möbelwerk“*~~
 - *Auswirkungen auf Investitionsvorhaben der Gemeinde im Jahre 2021*

TOP 2 – Sachstand zu den geplanten Investitionsvorhaben aus 2020

TOP 3 – Kompensierungsmöglichkeiten von erhöhten Ausgaben und geringeren Einnahmen in Höhe von ca. 1 Mio. Euro für den Haushalt 2021, durch

- *die Erhöhung der Kreisumlage*
- *Reduzierung der Schlüsselzuweisungen vom Land*
- *Geringere Einnahmen KiTa-Beiträge*
- *Steuerrückzahlung*

Es folgt eine zusammengefasste Darstellung der ersten 3 TOP's durch Herrn Ludwig.

Herr Ludwig sagt, er habe bereits in den vergangenen Sitzungen auf die schwierigen Umstände bezüglich des Haushaltes in diesem Jahr hingewiesen.

Das Land habe die Schlüsselzuweisungen für die Gemeinde Bestensee gekürzt und die Kreisumlage betrage zwischen 200.000 € und 300.000 € mehr.

Des Weiteren müsse eine hohe Steuerrückzahlung ausgeglichen werden.

Trotz Streichungen und Reduzierungen ergebe sich ein Defizit von rund 468.000 € im Ergebnishaushalt für das HH-Jahr 2021. Um den formalen Haushaltsausgleich zu erzielen, werde das Defizit aus der bilanziellen Rücklage ausgeglichen.

Im Finanzhaushalt – wo die finanzwirksamen Zahlungsströme der Verwaltungstätigkeit und die Investitionen abgebildet werden – ergebe sich ein Defizit von rund 3,3 Mio. €. Das Defizit könne ausgeglichen werden, da die Gemeinde zum heutigen Zeitpunkt über finanzielle Mittel von rund 6,4 Mio. € verfüge.

Wichtigste Maßnahmen:

1. Umbau Vereinshaus mit integrierter Kindertagesstätte
 - aktuell in der Genehmigungsplanung
 - durch Kitaleitung werde gerade ein Betriebskonzept erstellt -> Voraussetzung für die Genehmigungsplanung
 - Fördermittel wurden beim Bundesinvestitionsprogramm beantragt
 - jeder geschaffene Kitaplatz wird mit 10.000 € gefördert
 - Planung Schaffung von 100 Kitaplätzen -> Fördermittel in Höhe v. 1 Mio. € beantragt -> im Haushalt berücksichtigt

2. Erweiterung Grundschule
 - in 2 Tagen Abgabe der finalen Angebote
 - entsprechende Fördermittel beantragt, Bescheid stehe noch aus

Weitere Maßnahmen im Jahr 2021:

- Erwerb Grundstück Köriser Str. - Möbelwerke
 - rund 970.000 € für Kauf vorgesehen
 - monatl. Mieterträge von rund 8.200 €
 - Gedanken machen, wie das Grundstück optimal weitervermarktet werden soll
 - Sanierungs-/Reparaturarbeiten -> Entscheidung treffen in welcher Form Umsetzung erfolgen soll

- Erwerb Bahngrundstück Motzener Str. – Bundeseisenbahnvermögen
 - Errichtung sozialer Wohnungsbau
 - nächste Schritte prüfen
 - möglicherweise ähnlich wie mit dem Konzeptvergabeverfahren Neubrücker Str., Pätz verfahren -> unter Einhaltung der Vorgaben, die das BEV definiert hat

Maßnahmen, die in diesem und im nächsten Jahr greifen:

- Baumaßnahmen im Wustrocken (Erschließung Kuckucksweg, Straßenausbau Sperlingsweg, Medienschließung für Bräle Grundstücke Thälmannstraße)
- insg. ca. 3 Mio. €, werden auf die Jahre aufgeteilt

Er teilt mit, dass das Konzeptvergabeverfahren für das Grundstück in der Neubrücker Str. in Pätz seit dem 15.04.21 in der Ankündigung läuft und am 15.05.21 die Bewerberphase begonnen habe. Mögliche Interessenten haben bis 31.08.21 Zeit, sich mit ihrem Konzept zu bewerben.

In Verbindung mit der Erweiterung der Schule läuft derzeit das Vergabeverfahren für die temporäre Bereitstellung von Schulcontainern.

Die Verpflegung der Kita´s und Schule werde derzeit durch die Deutsche Gesellschaft für Ernährung überprüft, um zu schauen welches Verpflegungskonzept am besten geeignet ist und dieses neu auszuschreiben.

Des Weiteren stehen viele kleinteilige Sachen an, die der Aufrechterhaltung der Verwaltung dienen. Dazu gehöre die Bereitstellung von EDV-Technik, auch im Rahmen des Digitalpakts Schule. Die Kosten belaufen sich hierbei im niedrigen 5-stelligen Bereich.

Der Hauptteil der Investitionen seien die genannten Baumaßnahmen für Hochbau sowie Tiefbau.

Herr Ostländer möchte wissen, wo konkret große Einsparungen vorgenommen wurden.

Herr Ludwig antwortet, dass es eine große Summe diesbezüglich im Ergebnishaushalt nicht gebe. Es seien vielfältige Summen, die teilweise auch ins Folgejahr verschoben wurden.

Des Weiteren müssen Steigerungen in den Personalaufwendungen gemäß Tarif ausgeglichen werden, sagt er.

Auf die Frage von Herrn Ostländer, wann der Haushalt vorliegt antwortet Herr Ludwig, dass er noch am Streichen sei. Er könnte das Defizit von 468.000 € so belassen und formalrechtlich durch die Entnahme aus der Rücklage ausbuchen (Papierbuchung). Dann habe die GV den HH-Entwurf in 2 Wochen vorliegen. Sein Anspruch sei jedoch, das Defizit dem positiven Ergebnis so nah, wie möglich heranzubringen.

Herr Ostländer schlägt vor, dass der Haushalt nach Vorlage in 2 Wochen weitere 2 Wochen in den Fraktionen besprochen wird und somit in 6 Wochen die nächste FA-Sitzung zur Beratung des Haushaltes durchgeführt werden kann.

Er erkundigt sich nach der Meinung der Ausschussmitglieder.

Herr Flieger regt an, sich zu bemühen in der nächsten GV am 22.06.21 eine Entscheidung zum Haushalt zu treffen, um keine Sondersitzung in der Sommerpause einberufen zu müssen.

Aus Sicht von Frau Rubenbauer sei dies nicht möglich. Sie meint, man müsse sich vor der Beschlusslage noch einmal im Finanzausschuss zusammenfinden. Des Weiteren gibt sie zu Bedenken, dass die Ladungsfristen eingehalten werden müssen.

Herr Neumann möchte wissen, welche Summe für die Möbelwerke in den Haushalt eingestellt wurde.

Herr Ludwig antwortet, dass lediglich der Kaufpreis und die verbundenen Nebenkosten in den Haushalt eingestellt wurden.

Er erklärt, dass eine Entscheidung herbeigeführt werden müsse, wer sich um die Vermarktung kümmert bzw. welche Möglichkeiten genutzt werden sollen, um dort eventuell Investitionen vornehmen zu müssen. Es müsse eine grundlegende Entscheidung getroffen werden, ob Reparaturen usw. vorgenommen und durch die Gemeinde übernommen werden sollen oder ob man in diesem Jahr durch die Verwaltung Möglichkeiten entwickelt, wie die Möbelwerke weiterentwickelt werden können. Im Herbst würde dann die GV die Möglichkeit erhalten darüber abzustimmen, ob die Gemeinde das allein übernimmt oder ein externer Dritter (ähnlich wie in Pätz, Neubrucker Str.) sich darum kümmert.

Herr Ostländer erinnert, dass der Bürgermeister, als es um den Erwerb des Grundstückes ging, sich verpflichtet habe ein Nutzungskonzept dafür zu erstellen. Man wollte den Kauf abschließen und dann wollte der Bürgermeister ein Nutzungskonzept erarbeiten.

Herr Dr. Weßlau ist dafür, das Möbelwerk und das Bahngelände an jemanden zu übergeben, der die Erfahrungen hat, da die Gemeinde das Fachwissen und die zeitlichen Kapazitäten nicht habe.

Herr Neumann widerspricht Herrn Ostländer und sagt, mein sei so verblieben, dass die aufgeworfenen Fragen des Bürgermeisters mit in die Fraktionen genommen werden sollen und jede Fraktion seine Wünsche und Vorstellungen mit einbringen soll.

Herr Ostländer hält für die weitere Verfahrensweise fest, dass in 14 Tagen der HH-Entwurf der GV vorgelegt wird und dieser dann 14 Tage in den Fraktionen beraten werden kann. Ob dann eine Einladung zu einer außerplanmäßigen FA-Sitzung vorgenommen wird, werde er mit dem Kämmerer und Frau Rubenbauer gemeinsam besprechen.

Herr Ostländer bittet im nächsten Finanzausschuss die Zahlen zum Umbau des Vereinshauses dargestellt zu bekommen.

TOP 4 – Beauftragung der Vorbereitung einer Ausschreibung zur Planung eines Schulkomplexes

Herr Ostländer verliest den Antrag.
Grund für den Antrag sei, dass sich die Gemeindevertreter mit der Problematik auseinandersetzen sollen. Er denke, die umgebaute Schule werde irgendwann nicht mehr ausreichen. Die Gemeinde sollte auf weiteren Zuzug vorbereitet sein und diese Planungsvorbereitung soll dazu dienen, dass sich die Gemeinde jetzt schon darauf einstellen kann, was finanziell und ähnliches auf sie zukommt.

Herr Dr. Weßlau gibt zu bedenken, dass man aufgrund der steigenden Baukosten nicht wisse, wie hoch diese in 5 Jahren seien.

Er sei dafür, sich darüber Gedanken zu machen, jedoch müsse es in einem bestimmten Rahmen bleiben. Er denkt mit der endgültigen Planung würde man nicht vor 5 Jahren beginnen.

Herr Flieger sagt, die Verwaltung soll mit dem Antrag beauftragt werden den Bedarf zu ermitteln, um sich einen Überblick verschaffen zu können.

Er bittet zu berücksichtigen, dass der Zuzug irgendwann ein Ende haben werde. Neue große Baugrundstücke, wie eventuell das TBZ-Gelände könne die GV von Anfang an mit beeinflussen.

Es werden Zahlen von der Verwaltung benötigt, die Aussagen, wie viele Einwohner hat die Gemeinde, wie viel Zuzug erfolgte in den letzten Jahren, wie viel Kinderzuzug gab es, je nach Altersgruppen. Wenn der Bedarf ermittelt wurde könne man weitere Entscheidungen treffen.

Aus Sicht von Frau Wolf sei der Antrag weit formuliert.

Sie hätte sich im Finanzausschuss verschiedene Varianten und eine

Wirtschaftlichkeitsberechnung gewünscht, um eine Entscheidung treffen zu können.

Herr Ostländer erklärt, dass er in seiner E-Mail an die Fraktionsvorsitzenden zum Antrag geschrieben habe, dass es sich hierbei um eine Diskussionsgrundlage handelt.

Herr Scholz merkt an, dass das wesentlicher Bestandteil des Ortsentwicklungskonzeptes sein sollte. Dort werden alle verfügbaren Daten zusammengetragen, bewertet und die Prognosen für Bestensee ermittelt. Dazu gehöre für ihn die Situation im Kita- und Schulbereich.

Herr Schulze weist darauf hin, dass diesbezüglich eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorliegt.

Herr Neumann erklärt, dass im Antrag stehe, dass eine Ausschreibung vorbereitet werden sollen. Das bedeutet Zahlen zur Verfügung zu stellen, so dass sich die GV ein Bild machen kann. Er denkt mit dem Anbau der Schule komme man mit den Schülerzahlen im Bereich Grundschule hin.

Seine Fraktion und Plan Bestensee wollen jedoch eine weiterführende Schule in Bestensee etablieren und somit den Eltern die Möglichkeit geben, dass ihr Kind von der 1. bis zur 10. Klasse im Ort ist. Dies sei wichtig, da im Ort Freundschaften wachsen und Bindungen aufgebaut werden.

Herr Ostländer bittet alle Fraktionen sich dem Thema zu widmen und das Thema in die Ausschüsse, insbesondere im Ortsentwicklungsausschuss mitzunehmen.

TOP 5 – Mögliche und erforderliche Maßnahmen zum Ausbau einer erweiterten Schule in Bestensee

Herr Ostländer sagt, der Bürgermeister habe beauftragt, sich als Ausschüsse darum zu kümmern und darzustellen, wie man es haben möchte. In einem Gespräch mit Herrn Ludwig, auch in Bezug auf die Montessori-Schule stellte sich das nicht so einfach dar. Man könne nicht ohne weiteres einem Anbieter den Auftrag erteilen. Er spricht das Grundstück „Neue Schule in Pätz“ an.

Er dankt Herrn Ludwig, da das Konzeptvergabeverfahren für das Grundstück genau die Vorstellungen des Ortsbeirates Pätz getroffen habe. Im Vordergrund stehe das Konzept und nicht das Geld.

Herr Ludwig habe damit verhindert, dass womöglich ein Seniorenheim gebaut werden würde, in dem sich kein Pätzer einen Platz leisten könne. Bezüglich der Ausschreibung bittet er Herrn Ludwig um Erläuterung.

Herr Ludwig erklärt, dass man bei der Vergabe eines öffentlichen Grundstückes Wettbewerb, Transparenz und eine diskriminierungsfreie Vergabe berücksichtigen müsse. Man könne den Preis entscheiden lassen oder das beste Konzept, wo der Rahmen feststeht. So ähnlich könnte man es bei einer freien Schule auch durchführen. Um sicher zu gehen habe er sich für Pätz von einem Vergabefachmann Ratschlag eingeholt, unter welchen Bedingungen das erfolgen kann. Es gebe vergaberechtlich die sogenannte Baukonzession oder den Bauantrag. Das bedeutet, je mehr die Gemeinde Einfluss nehmen möchte was dort passiert, umso mehr habe sie das Vergaberecht zu berücksichtigen. Wenn das Grundstück nur ganz allgemein, ohne Vorgaben vergeben werden soll, dann könne man es frei Hand, ohne ein Kriterium, entscheiden.

Herr Neumann berichtet, dass Herr Enkelmann im letzten Bauausschuss sein Projekt vorgestellt habe. Auf die Frage, wie er sich entscheidet, wenn Königs Wusterhausen die Kündigung zurückzieht, habe er kein klares „Ja“ für den Standort in Bestensee gegeben. Aus diesem Grund würde er sich nicht darauf festlegen, dass die Montessori-Schule nach Bestensee kommt.

Frau Rubenbauer informiert, dass die Abwahl des KW´er Bürgermeisters dazu geführt habe, dass die Stadtverordneten die Kündigung der Montessori-Schule für den Standort in Niederlehme zurückgezogen haben.

Herr Flieger regt an, dass man den nächsten Bewerbungszeitraum für die Vergaben von erweiterten Schulen ins Auge fassen sollte. Auf die von der Montessori-Schule angedachte Dreiecksfläche Paul-Gerhardt-Str./ Ecke Bachstr. sollte die Gemeinde eine eigene Schule bauen.

Herr Scholz bemerkt, dass die Montessori-Schule sich nicht auf einen Ort konzentriere, sondern großflächig Eltern und Schüler anziehe und somit eine Ortsbindung nur bedingt stattfinden würde.

TOP 6 – Bürgerfragestunde

- keine Anfragen –

TOP 7 – Sonstiges

Frau Wolf teilt mit, dass die Gemeinde Bestensee Mittel in Höhe von 171.739 € erhalten haben soll. Sie erkundigt sich, wie diese Mittel verwendet wurden oder werden.

Herr Ludwig antwortet, dass das Fachamt Mittel angemeldet habe. Der Eigenanteil betrage ca. 10% und gilt nur für die Grundschule Bestensee. Die genaue Summe könne er nicht sagen.

Herr Neumann habe heute einen Anruf von einer Lehrerin aus der Grundschule erhalten. Sie teilte mit, dass in diesem Jahr bereits 2 erste Klassen aufgrund des Platzmangels in den Hort müssen. Die Lehrer benötigen verschließbare Schränke für ihre Unterlagen. Auf Nachfrage der Schulleitung bei der Verwaltung wurde ihr mitgeteilt, dass die Mittel dafür nicht da seien und nicht eingestellt werden. Da diese Schränke besondere Anforderungen erfüllen müssen, haben sie eine Lieferzeit von 8 Wochen. Er hält es für wichtig diesen Punkt weit nach oben zu bringen. Es sollte möglich sein, die Kosten von ca. 900 € pro Schrank aufzubringen.

Herrn Ludwig ist diese Frage nicht bekannt. Er könne es nicht nachvollziehen, da alle Amtsleiter zu Beginn des Jahres von ihm die Dienstanweisung zur vorläufigen HH-Führung bekommen haben. Somit seien unaufschiebbare Angelegenheiten umsetzbar. Wenn aus Sicherheitsgründen ein Schrank oder ähnliches angeschafft werden muss, sei das nicht vom Preis abhängig. Voraussetzung war, dass es in der Mittelanmeldung mit angegeben wird.

Auf Nachfrage von Herrn Neumann, sagt Herr Ludwig, dass die Hauptamtsleiterin für den Bereich Schule zuständig sei.

Auf die Nachfrage von Herrn Sperling bezüglich des zu erwartenden Defizit aufgrund der neu beschlossenen Kitasatzung, teilt Herr Ludwig mit, dass das Hauptamt ihm die Berechnung für die 10 und 20%tige Variante vorgelegt habe. Auf der Basis, was bei der 10%tigen Festlegung erwartet wird, habe das Fachamt die Mittel angemeldet. Er müsste nachschauen, um die angemeldete Summe zu nennen.

Frau Rubenbauer ist verwundert, heute zu erfahren, dass 2 erste Klassen in den Hort ziehen müssen. Man habe seitens der Hauptamtsleiterin nie etwas von Schwierigkeiten diesbezüglich erfahren. Sie denkt, eine Umfunktionierung des Raumes sei sehr aufwendig.

Herr Neumann entgegnet, dass die Horträume zuvor Klassenräume waren und nichts umgebaut wurde. Lediglich die Stühle und die Tische müssten wieder reingestellt werden. Große Umbaumaßnahmen seien nicht notwendig.

Herr Ostländer gibt bekannt, dass im nächsten Finanzausschuss die Budgetierung des Ortsteil Pätz beraten werden soll. Der Ortsbeirat habe ein Konzept erstellt, was Herrn Ludwig zur Prüfung vorliege. Er werde diese Richtlinie in den nächsten Tagen den Ausschussmitgliedern zukommen lassen. Der OB werde die Budgetierung für den OT Pätz noch einmal beantragen.

Herr Ostländer erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Umstellung auf ein neues Ratsinformationssystem.

Herr Ludwig könne dazu keine Auskunft geben und müsse sich diesbezüglich erkundigen.

Herr Ostländer möchte wissen, ob die Wünsche der Fraktionen für den Haushalt 2021 zurückgenommen wurden.

Frau Wolf antwortet, dass die Liste der Fraktion WIR! marginal erweitert und nichts zurückgenommen wurde.

Die Fraktion UBBP habe nichts verändert.

TOP 8 - Termine

Für die nächste Sitzung des Finanzausschusses:

- Darstellung Kosten Planung Vereinsheim
 - Umweltgutachten „Möbelwerk“
 - Budgetierung OB
-
- in 14 Tagen Vorlage Haushaltsentwurf für die Gemeindevertreter
 - 14 Tage Zeit zur Beratung in den Fraktionen
 - ob Ladung Finanzausschuss erfolgt, abhängig von der Entscheidung der Vorsitzenden der GV ab

Die Sitzung wird um 20:55 Uhr beendet.

Es findet kein nichtöffentlicher Sitzungsteil statt.

Das Protokoll führte Frau Luckau.



Jürgen Ostländer
Ausschussvorsitzender